



Landes Zahnärztekammer
Brandenburg
Körperschaft des öffentlichen Rechts



Pressemitteilung

Minister Wilke sieht kieferorthopädische Versorgung in Gefahr

René Wilke, Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes Brandenburg, warnt vor Versorgungsengpässen durch den geplanten Fachzahnarztvorbehalt für kieferorthopädische Leistungen. In einem Schreiben an die Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg teilt er die Sorge der Körperschaft und verweist insbesondere auf die Risiken für die Versorgung in ländlichen Regionen.

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg (KZVLB) und Landes Zahnärztekammer Brandenburg (LZÄKB) hatten sich bereits im Frühjahr an die Landesregierung gewandt. Hintergrund ist der Entwurf des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes. Dieser sieht vor, kieferorthopädische Leistungen künftig auf Fachzahnärzte für Kieferorthopädie zu beschränken. Rund 64.000 kieferorthopädische Behandlungen pro Jahr, die bislang im Land von approbierten Zahnärzten ohne Fachzahnarztstatus erbracht werden, dürften dann nicht mehr stattfinden.

„Die damit verbundenen möglichen Folgen für die Versorgung im Land Brandenburg sehe ich, ebenso wie Sie, als problematisch an“, schreibt Wilke. Zudem teilt er die Einschätzung der KZVLB, dass die Einführung des Fachzahnarztvorbehalts „Versorgungsengpässe in der ambulanten kieferorthopädischen Versorgung – insbesondere in ländlichen Regionen – mit sich bringen könnte“. Nach Angaben des Ministers hat sich das Land Brandenburg bereits im Bundesratsverfahren dafür eingesetzt, die vorgesehene Regelung zum Fachzahnarztvorbehalt zu streichen.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Land Brandenburg die möglichen Folgen für die Versorgung ernst nimmt und klar benennt“, sagt Dr. Eberhard Steglich, Vorstandsvorsitzender der KZVLB. „Wer die zahnmedizinische Versorgung in einem Flächenland wie Brandenburg sichern will, darf funktionierende Strukturen nicht ohne Not schwächen. Die Gesetzespläne würden die Situation für viele Familien spürbar verschärfen.“ Dies bekräftigt auch Dr. Romy Ermler, Vizepräsidentin der LZÄKB: „Schon heute stoßen die kieferorthopädischen Kapazitäten in vielen Regionen an ihre Grenzen. Weitere Beschränkungen führen zu noch größeren Versorgungslücken, von denen vor allem Kinder und Jugendliche betroffen sind.“

Das parlamentarische Verfahren wird voraussichtlich am 10. Juli 2026 abgeschlossen. Die KZVLB und LZÄKB werden den weiteren Verlauf gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und Bundes Zahnärztekammer aufmerksam verfolgen. Die wohnortnahe, flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung der Bürger bleibt das zentrale Ziel.

Kassenzahnärztliche Vereinigung
Land Brandenburg (KZVLB)
Helene-Lange-Str. 4-5
14469 Potsdam

Vorsitzender des Vorstandes:
Dr. Eberhard Steglich
Telefon: 0331 2977 350
Telefax: 0331 2977 315

Abteilung Kommunikation
Leiter: Dr. Christian Mattke
Telefon: 0331 2977 474
Mobil: 0173 6303364
christian.mattke@kzvlb.de
www.kzvlb.de

Landes Zahnärztekammer
Brandenburg (LZÄKB)
Parzellenstraße 94
03046 Cottbus

Präsident:
ZA Carsten Stutzmann
Telefon: 0355 38148 21
Telefax: 0355 38148 48

Stabsstelle für
Öffentlichkeitsarbeit und
politische Kommunikation
Leitung: Jana Zadow-Dorr
Telefon: 0355 38148 15
Telefax: 0355 38148 48
presse@lzkbb.de
www.die-brandenburger-
zahnärzte.de

Datum: 15.06.2026